

## Deutschland.

**Berlin, 14. März.** Sr. Majestät der König empfing am Donnerstag Morgens den kommandirenden General des 6. Armee-Korps, v. Tümping, welcher von Breslau hier eingetroffen ist, um heute an der Feier der goldenen Hochzeit seiner Eltern in Potsdam Theil zu nehmen, ließ sich hierauf von dem Polizeipräsidenten v. Wurmb, dem General-Intendanten v. Hülsen, dem Hausminister v. Schleinitz Vorträge halten und begab sich hierauf Mittags 1 Uhr, begleitet von dem Flügeladjutanten Major Prinz Anton Radziwiłł, in das Palais Royal zum Prinzen Napoleon, dem der Kronprinz vorher einen Besuch abgestattet hatte. Der König machte Nachmittags eine Ausfahrt, verweilte im Kronprinzlichen Palais, besuchte Lady Buchanan und besichtigte im Atelier des Bildhauers Bläser das Modell zum Standbild des Königs Friedrich Wilhelm III. Abends wohnte der königliche Hof der Ballet-Vorstellung im königlichen Opernhause bei.

Der Prinz Napoleon statete am Donnerstag auch dem Ober-Stallmeister zc. Grafen Pückler einen Besuch ab und nahm dann mit seinem Gefolge das Universitätsgebäude in Augenschein. Gestern blühte der Prinz nach den Abschiedsbesuchen im französischen Hofsaal, erschien mit dem Hofe im Opernhause und ist heute früh zunächst nach Dresden abgereist.

Der Prinz Napoleon hat dem Vernehmen nach für die Armen der Stadt eine ansehnliche Geldsumme angewiesen.

Der französische Botschafter v. Benedetti konnte am Donnerstag wegen Unwohlseins der Einladung zur Solise im königl. Palais nicht folgen.

Der Ministerpräsident a. D. Frhr. v. Manteuffel, Landtagsmarschall für den brandenburgischen Provinzial-Landtag, ist hier eingetroffen.

Das Allgemeine Kriegsdepartement hat auf desfallsige Anträge dem akademischen Senat der Berliner Universität eine Namenszusammenstellung derjenigen Studierenden der genannten Hochschule übermittelt, welche in den Feldzügen von 1864 und 1866 in den Reihen der Armee den Helden Tod erlitten oder später in Folge erhaltener Verwundung verstorben sind. Auf zwei großen Tafeln verzeichnet, sind diese jetzt in der Aula der Universität als bleibendes Denkmal aufgehängt worden.

Die aus der „Epen. Ztg.“ in die unsrige übergegangene Nachricht, daß Graf Platen von der preussischen Polizei unbehindert Breslau und Altona passirt hätte, wird von der „D. Volks-Ztg.“ für erfunden erklärt. Graf Platen verweilt noch bei seinem Erlkönig in Hiezing.

Gestern Nachmittag fand die zweite Plenarsitzung des norddeutschen Bundesraths statt. Den Vorsitz führte vermöge Substitution des Bundeskanzlers der Präsident Delbück. Folgende Vorlagen des Präsidiums gingen ein und wurden an die Ausschüsse verwiesen: Gesetz, betreffend die Abänderung des Haushaltsplans für 1868, Gesetz, betreffend die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Beförderung, Gesetz, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht, Postvertrag mit Norwegen, Entwurf eines Vertrages mit Hessen, betreffend die Besteuerung von Branntwein und Tabak, Anträge Bayerns, Württembergs, Badens, Hessens auf vertragmäßige Feststellung gegenseitiger Freizügigkeit, Anwendung gemeinsamer Formulare zu Schiffscertifikaten, Form der Quartierleistungen über Jälle und Steuern, Beförderung des Ortmannschen Wörterbuchs. Desgleichen ein Antrag Sachsens auf Bearbeitung eines Bundesgesetzes zum Schutz des Urheberrechts von literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst.

Der Ausschuss des norddeutschen Bundesraths für Handel und Verkehr versammelte sich heute Vormittags zur Fortsetzung der Enquete über das Hypothekenwesen.

Der heutige „Staatsanzeiger“ publizirt folgende mit Zustimmung des Landtags zu Stande gekommene Gesetze: 1) das Gesetz, betreffend die Todeserklärung von Personen, welche an den in den Jahren 1864 und 1866 geführten Kriegen Theil genommen haben, vom 24. Februar; 2) das Gesetz, betreffend das Recht der im preussischen Unterthanen-Verhältnis stehenden Civilbeamten des norddeutschen Bundes zum Eintritt in die allgemeine Wittwen-Versicherungskasse, vom 6. März; das Gesetz, betreffend die Verwaltung der durch die Verordnung vom 15. September 1867 geschlossenen Beamten-Wittwen- und Waisenassen und die Verwendung ihres Vermögens, vom 6. März. Ferner enthält der „Staats-Anzeiger“ eine unter dem 27. Februar ergangene Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 8. Februar 1868, betreffend die Ausdehnung des über die gegenseitigen Gerichtsbarkeitsverhältnisse unterm 11. Oktober 1861 zwischen Preußen und Waldeck abgeschlossenen Vertrages auf die neu erworbenen Landestheile.

Die Aufregung, welche das in Aussicht stehende Spielverbot an Sonn- und Feiertagen in der Bürgerschaft Bleibend bewirkt hatte, ist noch nicht ganz vorüber. Man fängt jetzt an, nach Trostgründen zu suchen und die Schuld von der Regierung ab und auf die Schultern des Altinausschusses zuwälzen, welcher die Verhandlungen mit der Regierung zu führen von der General-Versammlung der Aktionäre im August v. J. bevollmächtigt worden war. Man tabelt insbesondere, daß man für die in Aussicht genommenen 5 Jahre nicht von vornherein auch das Winterpiel verlangt und nicht fester auf den alten Verträgen bestanden habe. Auch dem Gemeinderath werden Vorwürfe gemacht und es als ein Mißgriff bezeichnet, daß er einen notorischen Gegner des öffentlichen Spiels zu den Abmachungen wegen des Kurfonds nach Berlin geschickt habe. Den am 17. Januar v. J. abgeschlossenen Vertrag zu respektiren, wenn das Spielverbot an Sonn- und Feiertagen festgehalten werden soll, hält man allgemein für eine Unmöglichkeit, und man glaubt sogar, daß sich die Regierung herbeilassen werde, für den Ausfall der Sonn- und Feiertage das Spiel

in den drei Wintermonaten (Januar, Februar und März) nachzulassen. Was man der auf den 2. April einberufenen Generalversammlung der Aktionäre vorschlagen wird, ist noch nicht bekannt, doch glaubt man allgemein, daß die Versammlung auf den Vertrag vom 17. Januar absolut nicht eingehen wird, wenn das Spielverbot an Sonn- und Feiertagen in Kraft treten sollte. Die Direktoren der hiesigen Spielbank, die Hrn. Schwendt und Reys, wollen eben in Berlin, um wegen der durch das neue Gesetz bedingten Modifikationen des jetzigen Vertrages mit den maßgebenden Kreisen in Unterhandlung zu treten.

Nach einer vorläufigen Uebersicht besaß Preußen in seinen alten und neuen Provinzen zu Anfang des vorigen Jahres 26 Ackerbauschulen, wovon im Laufe des Jahres zwei eingingen, so daß bei Beginn dieses Jahres noch 24 vorhanden waren, von welchen 3 Staatsanstalten, die übrigen Privat-Institute sind, die jedes einen jährlichen Zuschuß aus Staatsfonds erhalten, der sich für das letzte Jahr auf 32,737 Thlr. belief. Die Zahl der Schüler betrug am Schluß des Jahres 1866 498 und stieg bis Anfang dieses Jahres auf 609. Die Staatszuschüsse betrugen pro Schüler 53 Thlr. 22 Sgr. 8 Pf., gegen das Vorjahr co. 10 Thlr. weniger. Es waren vorhanden, in der Provinz Preußen 4, in Posen 3, in Pommern 1, in Brandenburg 2, in Schlesien 1, in Sachsen 2, in Westphalen 2, in der Rheinprovinz 3, in den Hohenzollernschen Landen 1, in der Provinz Hannover 4 und im Regierungsbezirk Nassau eine Ackerbauschule.

Bei der Anwendung des Maßstabs der Klassen-, Einkommen- und Grundsteuer zur Verteilung der Kreis-Kommunal-lasten soll, nach einem Ausspruche des Ministers des Innern, auch die Gebäudesteuer mit berücksichtigt werden, um eine Bevorzugung der Gebäudesteuer unterliegenden, vorwiegend städtischen Häuserbezuges von dem der Grundsteuer unterworfenen vorwiegend ländlichen Grundbesitz in der Tragung dieser Lasten zu vermeiden. Doch wird es nicht für angemessen erachtet, die Aufbringung sämtlicher Kreis-Kommunal-lasten, ohne Unterschied, nach dem Maßstab der direkten Staatssteuern, mit Ausschluß der Gewerbesteuer, ganz allgemein vorzuschreiben, da die Kreisstände hierin, und nicht mit Unrecht, eine Verletzung der ihnen durch das Gesetz beigelegten autonomen Befugnisse in der Auswahl des Maßstabes für die Verteilung der Kreislasten erblicken würden. Vielmehr wird es in jedem einzelnen Falle zunächst der Beurteilung der Kreisstände überlassen werden müssen, den für die betreffende Kreislast und unter den obwaltenden Verhältnissen zweckentsprechendsten Verteilungsmaßstab zu beschließen, und es wird sodann Sache der Aufsichtsbehörde sein, wenn dieselben hierin mit Verletzung öffentlicher oder der Interessen eines Staates oder einer Klasse von Einwohnern des Kreises gefehlt haben sollten, auf die Wahl eines geeigneten Maßstabes hinzuwirken.

Ein Berliner Korrespondent der „D. A. Ztg.“ hört von einem Gerücht, demzufolge der Grh. Rath Wagener seinen Abschied zu nehmen gedenkt. (?)

Unter den verschiedenen Verstümmelungen aus dem letzten Feldzuge hat sich ein ungewöhnlich großer Prozentsatz von Verletzungen an den Kauwerkzeugen namentlich bei unserer Artillerie herausgestellt. So hat sich z. B. ein hiesiger Zahnarzt (Dr. Bloch), bei welchem sich in Folge einer Bekanntmachung des königlichen Kriegsministeriums vom 26. Februar pr. eine Anzahl an den Zahnlieferanten und am Gaumen erheblich verletzter Militärs zur unentgeltlichen Behandlung eingefunden, 14 berartigen Fällen seine Fürsorge gewidmet. Dieselben sind mit künstlichem Gaumen und sonstigen Ersatzstücken ausgestattet worden. Von diesen Vierzehn sind durch die ihnen applizierten Ersatzstücke acht Mann zur vollkommenen Diensttauglichkeit rekonstruiert. Dieselben geben ausländischer Annahme gegenüber ein erfreuliches Zeugnis von dem jetzigen Standpunkte der deutschen Zahnheilkunde. Das königliche Kriegsministerium hat denn auch nach Kenntnisaufnahme des Umfanges der den verletzten Militärs gewidmeten Fürsorge sich veranlaßt gesehen, dem Herrn Dr. Bloch wiederholtlich seine Anerkennung auszusprechen.

Die städtischen Behörden und der Staat haben die Absicht, die Verwaltung und Beaufsichtigung der städtischen Schulen anders zu organisiren. Das hiesige Schulwesen soll allerdings in der Schuldeputation des Magistrats seinen Centralpunkt behalten, aber in seinen Details Schulpflegern unter dem Vorbehalt der städtischen Superintenden und anderer Beiständen übergeben werden. Dieser Plan ist durch den Umstand hervorgerufen, daß die Schuldeputation in der bisherigen Weise nicht mehr im Stande ist, das hiesige städtische Schulwesen genügend zu übersehen.

**Frankfurt a. M., 13. März.** Die „Frankfurter Ztg.“ enthält eine Privatmittheilung aus Kassel, nach welcher der Redakteur Ab. Trabert, sowie der Verleger der „Ess. Volksztg.“ Plant gestern verhaftet worden sind.

**Bremen, 13. März.** Der Personenzug von Hannover, welcher Abends 5½ Uhr hier eintreffen sollte, ist bei Langwedel entgleist, wobei leider viele Verwundungen und mehrere Todesfälle zu beklagen sein sollen. Ein Extrazug mit Aerzten, Verbandmaterial zc. ist von hier nach der Unglücksstätte abgefahren worden.

**Schwerin, 13. März.** Die „Mecklenburger Anzeigen“ melden: Die Zollorganisations-Kommission hat sich am 11. d. M. unter dem Vorh. des geheimen Oberfinanzrath v. d. Gröben konstituiert. Die Aufgabe derselben umfaßt die gesammten Einnahmen zu dem Eintritt beider Großherzogthümer und der freien Stadt Lübeck in den Zollverein, die Entwerfung der dadurch erforderlichen Gesetze und Verordnungen, die Feststellung der den eintretenden Staaten zugubilligenden Pauschalsummen für Bewachung der Zollgrenze u. s. w. Die Kommission wird bei der

großen Ausdehnung der vorliegenden Aufgabe wahrscheinlich einer geraumen Zeit bedürfen, um ihre Arbeiten zu vollenden.

**Dresden, 13. März.** Das Individuum, welches gestern auf den Kronprinzen von Sachsen ein Terzerol anlegte, ist als ein Dresdener Schirmmacher, Namens Siebert, rekonnostrirt worden. Der Thäter hatte nicht abgedrückt, jedoch war die Waffe geladen und das Zündhütchen aufgesetzt. Er befindet sich vorläufig im Krankenhause, wo er beobachtet wird.

**Darmstadt, 13. März.** Die „Darmstädter Zeitung“ vernimmt, daß der Finanzausschuß der zweiten Kammer die Genehmigung der mit der hiesigen Ludwigsbahn und dem Hause Erlanger abgeschlossenen Eisenbahnverträge unter annehmbaren Modifikationen beantragen werde.

**Karlsruhe, 11. März.** Gestern wurde von Sr. K. Hoh. dem Großherzoge der neue Vertreter des Königreichs Italien, Ritter v. Arton, empfangen, welcher sein Beglaubigungs-Schreiben überreichte.

**München, 13. März.** Bei der im Wahlkreise Rothenburg stattgehabten Nachwahl für das Zollparlament wurde der Kandidat der Fortschrittspartei, Marquard Barth, mit 10,197 Stimmen gewählt.

## Ausland.

**Wien, 11. März.** Der von der mexikanischen Expedition her bekannte Vater Augustin Fischer, der Beichtvater des verewigten Kaisers Maximilian, ist hier angekommen und von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen worden. — Ein Eisenbahnunglück ist am Dienstag gegen 1½ Uhr Nachts auf der Preßburger Bahn geschehen, indem zwischen den Stationen Weinern und Lankösch auf einer Brücke zwei Güterzüge in voller Fahrt aufeinander stießen. Vier Männer vom Zugpersonal sind ums Leben gekommen, einer ist erheblich beschädigt.

Man erzählt, der Kaiser habe zum Grafen Werba gesagt, er könne zwar auf die Abstimmung des Herrenhauses keinen Einfluß üben, würde es jedoch tief bedauern, wenn das Ehe- und Schulgesetz nicht angenommen würden. Der Kaiser ermächtigte den Grafen Werba zur Weiterverbreitung dieser seiner Äußerung. Die Herrenhaus-Kommission hat die Beratung des Schulgesetzes beendet. Sie amendirte den §. 2 dahin: „Die Leitung des Religionsunterrichts und der religiösen Erziehung steht der Kirche zu“, statt: „Die Leitung des Religionsunterrichts steht ihr zu.“ Graf Hartig ist Referent. Minister Herbst ist genesen und war in der Auskutschung anwesend. — Der neue Gesetzentwurf über die politische Organisation besetzt die Hofräthe bei den Statthaltereien und behält die Vice-Präsidenten nur in Prag und Lemberg bei. Die Bezirkshauptmannschaften von 1850 werden reaktivirt.

**Wien, 13. März.** Die ungarische Delegation bewilligte in ihrer heutigen Sitzung das Budget für die Landarmee nach den Majoritäts-Anträgen der Kommission.

**Genève, 11. März.** Der Ausschuss des Unterwaldenser Komitates (Siebenbürgen) hat dem Grafen Andrássy und seinem Ministerium ein Vertrauensvotum gegeben und wünscht ihm Glück zu seiner ferneren Thätigkeit. Dieser Beschluß wurde soden telegraphisch an den Grafen Andrássy abgesendet.

**Brüssel, 13. März.** Die Deputiertenkammer hat mit 68 gegen 45 Stimmen die Regierungsvorlagen über die Festsetzung des Kontingents auf 12,000 Mann und über die militärische Präsenzdauer genehmigt.

**Paris, 11. März.** In Folge der Anordnungen, welche die Gemeindebehörde von Toulouse getroffen hatte, um die zur mobilen Nationalgarde gehörigen jungen Männer in die Listen einzutragen, haben daselbst einige Unruhen stattgefunden. Ein paar Hundert sind vor das Stadthaus gezogen, haben die Maréchalasse angestimmt und der Republik ein Hoch gebracht. Da die Polizeibeamten nicht im Stande waren, die Menge zur Ordnung und Ruhe zu bringen, wurde die bewaffnete Macht requirirt. Bei dem Herannahen floh Alles auseinander. Es haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, doch ist die Sache ohne große Bedeutung. Man versichert aufs Neue, daß am Geburtslage des kaiserlichen Prinzen, welcher soden sein 12. Jahr vollendet, der Kaiser eine Amnestie für sämtliche, auch die noch anhängigen, Verbrechen erlassen wird.

**Paris, 13. März.** Hier eingetroffene Depeschen aus Toulouse melden, daß die Ruhe vollständig wieder hergestellt ist. — Die Bureaux des gesetzgebenden Körpers werden morgen den Antrag auf die gerichtliche Verfolgung des Vicomte Kervéguen beraten.

In der Affaire Kervéguen hat der General-Prokurator seinen ersten Bescheid, nach welchem die Sache am 27. d. Mts. vor das Justizpolizeigericht kommen sollte, zurückgenommen. Die Klage ist aber aufrecht erhalten.

**Florenz, 12. März.** Die Stadt Florenz hat heute mit den Banquiers Weiß und Schott in Florenz, Rohn Reimach und Comp. in Paris, A. Reimach in Frankfurt, sowie Leopold S. Königswarter in Paris eine Anleihe von 18 Millionen in Gold, welche in 50 Jahren in Gold einzulösen ist, abgeschlossen. Der Prozentsatz ist auf 8½ festgesetzt.

Der Senat genehmigte in seiner heutigen Sitzung bisfunktionslos das Ausgabebudget des Finanz- und Justizministeriums pro 1868.

**Rom, 9. März.** Das römische Insurrektionscomité, welches hier und da einige Lebenszeichen von sich giebt, hat die Römer aufgefordert, dem Gerücht nicht zu trauen, daß eine neue Invasionarmee sich an den Grenzen sammle, wodurch viele ange- lacht würden, Rom zu verlassen. Vielmehr verlange das Vaterland die Anwesenheit der freisinnigen Bürger in der Stadt. In



